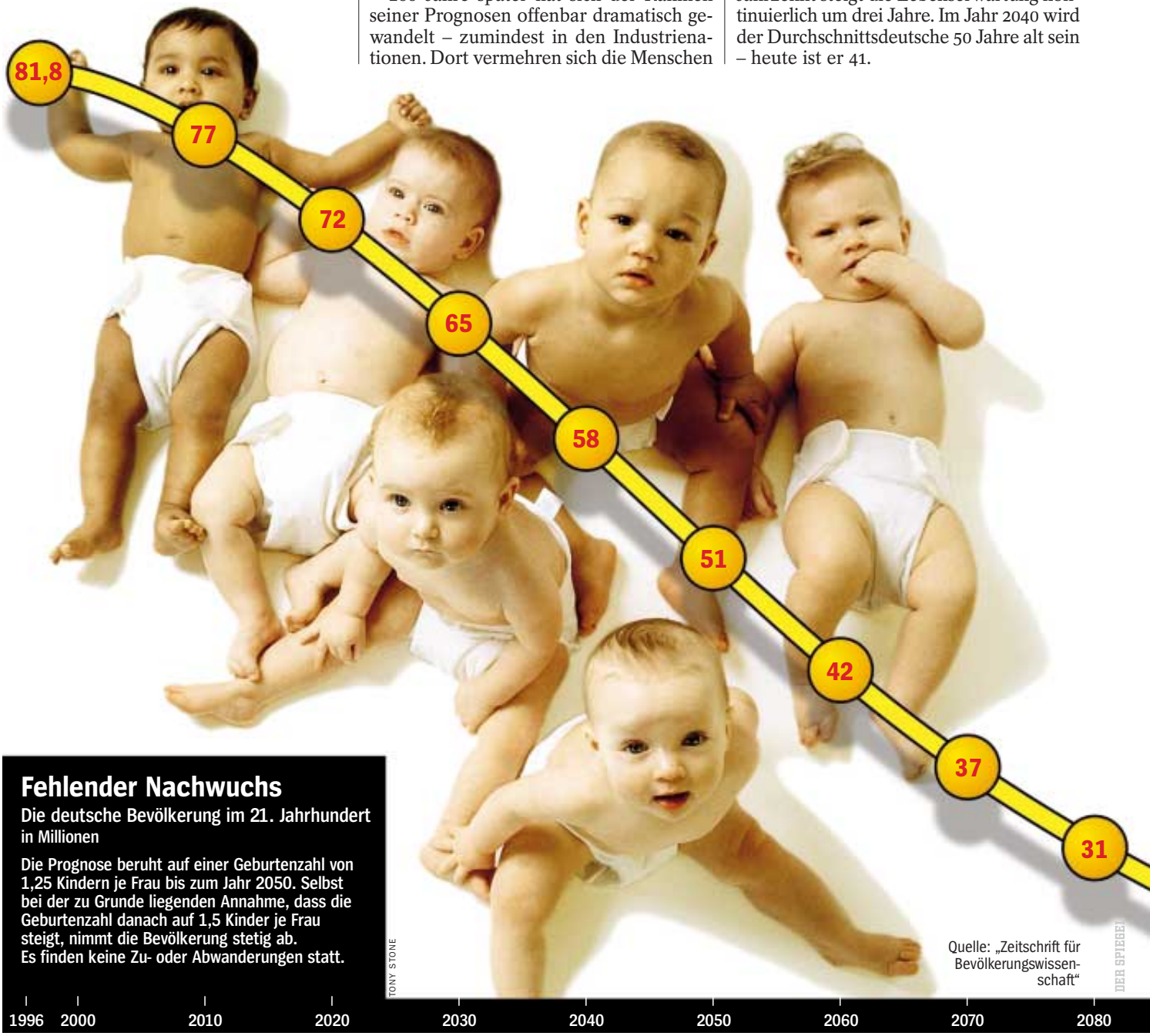
Der Kinder-Crash

Die Deutschen werden immer älter – und es werden immer weniger. Wissenschaftler sehen im fehlenden Nachwuchs eine der größten Gefahren der kommenden Jahrzehnte – nicht nur in Deutschland: Eine chronische, weltweite Wirtschaftskrise droht. Doch die Politik schaut lieber weg.

Als der britische Nationalökonom Thomas Robert Malthus 1798 mit seinem „Essay on the principle of population“ den neuen Wissenschaftszweig der Demografie begründete, hatte er es noch mit einer schnell wachsenden Bevölkerung zu tun. Da die Menschen sich – wie er meinte, Naturgesetzen folgend – schneller vermehrten, als die Nahrungsmittel nachwüchsen, empfahl Malthus sexuelle Enthaltsamkeit, um wachsende Not zu verhindern.

200 Jahre später hat sich der Rahmen seiner Prognosen offenbar dramatisch gewandelt – zumindest in den Industrienationen. Dort vermehren sich die Menschen nicht. Es werden im Gegenteil ständig weniger: Die Zahl der Geburten liegt weit unter jenem Stand, der notwendig wäre, um die Bevölkerungsgröße zumindest stabil zu halten.

Die Menschen werden immer älter. Pro Jahrzehnt steigt die Lebenserwartung kontinuierlich um drei Jahre. Im Jahr 2040 wird der Durchschnittsdeutsche 50 Jahre alt sein – heute ist er 41.



Fehlender Nachwuchs

Die deutsche Bevölkerung im 21. Jahrhundert in Millionen

Die Prognose beruht auf einer Geburtenzahl von 1,25 Kindern je Frau bis zum Jahr 2050. Selbst bei der zu Grunde liegenden Annahme, dass die Geburtenzahl danach auf 1,5 Kinder je Frau steigt, nimmt die Bevölkerung stetig ab.
Es finden keine Zu- oder Abwanderungen statt.

Quelle: „Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft“



F. HELLER / ARGUM

Kurgäste in Bad Wörishofen: *Die Jungen zahlen, die Alten bestimmen*

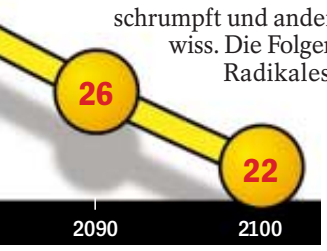
Rentner-Republik Deutschland? Die Jungen sind jedenfalls bald in der Minderheit, und die Arbeitenden tragen eine immer größere Last. Bei weiter zunehmender Lebenserwartung muss schon vor Mitte des nächsten Jahrhunderts ein Arbeitender einen Rentner versorgen.

Der Rentenbeitrag wird dann – wenn das System nicht gründlich umgebaut wird – auf über 30 Prozent des Bruttolohns steigen, und die Ausgaben der Krankenkassen schnellen in die Höhe, da mit zunehmendem Alter auch die Krankenkosten weiter steigen.

Wenn die Lebenserwartung weiter wachse wie bisher, „wofür alles spricht“, und die Geburtenhäufigkeit nicht „dramatisch auf zwei Kinder pro Frau zunimmt, wofür nichts spricht, wird das System der sozialen Sicherung zusammenbrechen, es ist dann nicht mehr reformierbar“, prognostiziert der Bielefelder Bevölkerungsforscher Herwig Birg.

Peter Peterson, 73, Banker, Politiker und Buchautor*, hat eine lange Liste der größten Gefahren zusammengetragen, die der Menschheit im nächsten Jahrhundert drohen: Killerviren und extreme Klimaveränderungen, ethnische Kriege und Nachbeben der Globalisierung. Aber das Älterwerden der Bevölkerung in den Industrienationen „wird unsere gemeinsame Zukunft weit mehr verändern als all die großen Bedrohungen“.

Dass die Bevölkerung einerseits schrumpft und andererseits altert, ist gewiss. Die Folgen sind es, wenn nicht Radikales geschieht, auch:



Das gesamte System der sozialen Sicherheit implodiert, den völlig überforderten Volkswirtschaften – und damit der gesamten Weltwirtschaft – droht eine schwere Krise.

In 30 Jahren werden die Industrienationen mindestens 9 bis 16 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zusätzlich ausgeben müssen, um die Rentenansprüche ihrer Senioren zu befriedigen. Nach Petersons Rechnung belaufen sich diese Ansprüche, die den heute Beschäftigten bereits zustehen, die aber nicht abgesichert sind, bereits auf 35 Billionen Dollar. Dieselbe Summe, schätzt er, sei noch einmal für die gesundheitliche Versorgung aufzubringen.

Wer soll das bezahlen? Eine Steuererhöhung in solchen Dimensionen ist undenkbar. Das Geld zu leihen wäre jedoch ebenso gefährlich: Die gewaltigen Kapitalbewegungen könnten die globalen Finanzmärkte destabilisieren, Wechselkurse und Zinsen in Mitleidenschaft ziehen – am Ende könnte die Baby-Baisse zu einem globalen Börsen-Crash führen.

Die Rentenfrage allein ist fast schon unlösbar, hinzu kommen Probleme, über die bislang kaum diskutiert wird: Kann eine Volkswirtschaft überhaupt funktionieren, wenn es an Nachwuchs mangelt? Wird nicht zwangsläufig die Innovationskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit sinken? Und wie wird eine Gesellschaft aussehen, in der die Jungen zahlen und die Alten, qua Mehrheit, bestimmen?

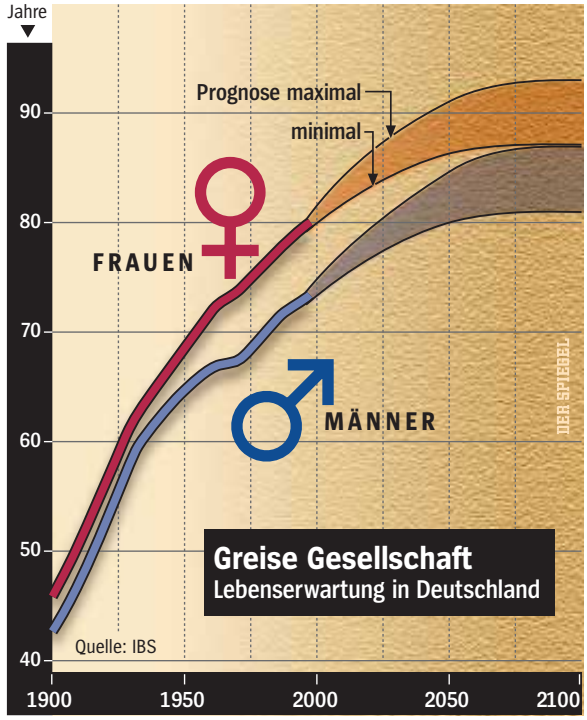
Natürlich kann man das Problem auch ganz anders sehen: Die Weltbevölkerung wächst weiter rapide, schon heute leben sechs Milliarden Menschen auf der Erde, Tendenz stark steigend. Global betrachtet nämlich gilt Malthus' Befürchtung noch immer. Und auch seine Warnung vor wachsender Not ist so aktuell wie damals.

Was also soll so schlimm sein, wenn die Zahl der Europäer und Japaner schrumpft?

Im Prinzip nichts – wenn es gelänge, die finanziellen Probleme der sozialen Sicherungssysteme zu lösen und genügend junge, aber auch genügend qualifizierte Leute ins Land zu holen. Dafür aber müssten heute schon die politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Doch davon ist bis jetzt nichts zu sehen.

Mag sein, dass auch deshalb das Problem ignoriert wird, weil die Lösung politisch riskant und zudem mit Tabus behaftet ist:

- Wer das Rentensystem radikal umbaut, muss fürchten, bei der nächsten Wahl unterzugehen. Wie groß der Widerstand ist gegen jede Änderung, die in vermeintliche Besitzstände eingreift, erlebt derzeit Bundesarbeitsminister Walter Riester mit seinem eher bescheidenen Versuch, die Rente an die demografische Entwicklung anzupassen.
- Wer eine verstärkte, aber gezielte Einwanderung propagiert, wird bei vielen



Greise Gesellschaft
Lebenserwartung in Deutschland

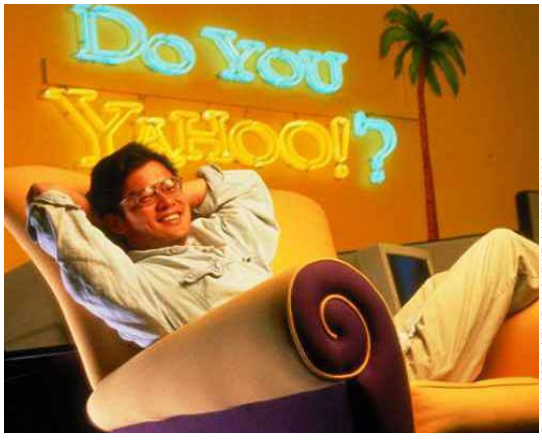
* Peter Peterson: „Gray Dawn: How the Coming Age Wave Will Transform America and the World“. Times Books Verlag; 280 Seiten.

Millionäre sind herzlich willkommen

Kein Boom ohne Immigranten: In den USA erleichtern Gesetze die Einwanderung für Reiche, Schöne, Künstler und Spezialisten.

Es war eine neblige Oktobernacht, als sich der Schüler durch das Sumpfland schlich. Plötzlich flammten Scheinwerfer auf, klickten Gewehre, tönten Kommandos. „Wo bin ich?“, fragte der Ertappte ängstlich. „In Österreich“, zischte es zurück.

Das war 1956, und dem jungen András Gróf war gerade die Flucht aus Ungarn geglückt. Heute gehört der Flüchtling zu den reichsten Männern Amerikas. Er heißt jetzt Andy Grove, ist der Chefstratege des Chipkonzerns Intel und nennt mindestens ein paar hundert Millionen Dollar sein eigen.



R. HOLMGREN / TIME MAGAZINE / INTER-TOPICS

Yahoo-Gründer Yang: *Die Eltern kamen aus Taiwan*

Aufsteiger wie Grove gibt es jenseits des Atlantiks zu tausenden. Und anders als in Deutschland haben sie dort Gewicht und Stimme. Unter den 400 reichsten Amerikanern sind 22 Einwanderer, 36 weitere sind Kinder von Immigranten. 32 von ihnen haben es zum Milliardär geschafft, wie etwa der Finanzier George Soros, oftmals von ganz unten.

Kaum ein anderes Industrieland wird so sehr durch Einwanderer geprägt. In den dreißiger Jahren kamen Immigranten wie Albert Einstein, die vor den Nazis aus Europa flohen, später die Opfer des Kommunismus – und schon immer kamen jene, die in den USA das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sahen.

Ein Treffen amerikanischer Hightech-Unternehmer ist heute bunter als eine Vollversammlung der Uno. Jerry Yang, Gründer der Internet-Firma Yahoo, kam als Kind mit seinen Eltern aus Taiwan angereist. Den Deutschen Andreas von Bechtolsheim, Mitbegründer des Computerkonzerns Sun, zog es als Teenager über den Atlantik.

Charles Wang aus China schuf den drittgrößten Softwarekonzern der USA, Computer Associates. Bernard Ebbers wanderte aus Kanada ein und brachte den Telekom-Konzern Worldcom hoch.

Dabei sind auch die amerikanischen Einwanderungsbehörden in den vergangenen Jahren strenger geworden. Rund 800 000 Immigranten ließen sie 1997 hinein, etwa 70 Prozent davon als Angehörige von Zuwanderern, die bereits im Land leben. Der Rest kommt meist als Flüchtling oder als Angestellter einer US-Firma. Draußen bleiben müssen all jene, die kaum mehr vorweisen können als ihr Leben und den Willen, etwas daraus zu machen.

Doch mit etlichen, oft undurchsichtigen Verfahren sichern sich die Amerikaner den Zustrom der Reichen, Schönen oder Talentierten.

Wer nichts zu bieten hat, muss auf sein Glück vertrauen: 50 000 Aufenthaltsgenehmigungen, sogenannte Green Cards, werden pro Jahr verlost. Außerdem dürfen jährlich 350 000 Studenten ins Land kommen und bis zu einem Jahr nach ihrem Examen bleiben und arbeiten.

Ein Kontingent von 115 000 Visa hat der Kongress für befristete Jobs genehmigt, besonders um Spezialisten für die Computerbranche zu garantieren. Begehrter sind die 140 000 Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Angestellte von US-Firmen. Kommen dürfen die aber nur, wenn der Nachweis erbracht ist, dass kein Amerikaner den Job wollte.

Mit Zeitungsanzeigen im Ausland werben die Amerikaner für ein Investoren-Visum. Wer – je nach Staat – mehr als 500 000 oder eine Million Dollar investiert und damit mindestens zehn Arbeitsplätze schafft, ist herzlich willkommen: Die sogenannte Green Card gibt es umgehend.

Schließlich gibt es die begehrte Karte für all jene, deren Anwesenheit im nationalen Interesse liegt: Dazu gehört etwa ein chinesischer Nuklearphysiker, aber auch ein mongolischer Ziegenexperte.

Wer unter die schillernde Vorschrift fällt, ist oft selbst für die Behörden schwierig zu bestimmen. Medaillen, Oscars und Nobelpreise etwa fördern das Verfahren außerordentlich, Models haben gute Chancen. Auch Beziehungen scheinen zu helfen, wie etwa bei einem Architekten, dessen Vater türkischer Außenminister war.

Königliche Behandlung erfahren Spitzensportler, sie können sogar die Green Card überspringen. So wurde der Fußballer David Regis aus Martinique, der zeitweilig für den Karlsruher SC kickte, gerade noch rechtzeitig vor der letzten Fußball-Weltmeisterschaft zum Amerikaner gemacht – binnen drei Monaten. Normale Einwanderer müssen fünf bis zehn Jahre darauf warten.

MATHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON



dumpfe Ängste vor einer Überfremdung wecken. Er muss zudem fürchten, nationalistische Tendenzen zu verstärken und womöglich die Wahlchancen rechtsradikaler Parteien zu fördern.

▶ Und wer gar eine aktive Bevölkerungspolitik befürwortet, wird schnell an die unseligen Versuche der Nazis erinnert, die Geburtenrate der Deutschen zu heben. Ganz abgesehen davon, dass eine solche Politik zur Zeit kaum zu finanzieren ist.

Dennoch lässt sich die Lösung nicht länger verdrängen, das Problem rückt immer näher, schleichend, aber unaufhaltsam: Keine andere Gefahr, die im nächsten Jahrhundert Deutschland und die übrigen Industrienationen bedroht, lässt sich wissenschaftlich so exakt belegen und im Voraus sezieren.

Seit den siebziger Jahren werden in Deutschland im Durchschnitt nur noch 1,4 Kinder pro Frau geboren, jede vierte Frau bleibt kinderlos – schon jetzt müssen manche Schulen um Schüler werben. Den Arbeitsmarkt wird der Kinder-Crash in wenigen Jahren erreichen, qualifizierter Nachwuchs wird knapp werden.

Nur ein wahrer und dauerhafter Kindersegen könnte den Bevölkerungsstand stabilisieren. Doch woher soll der kommen?

Die Familie mit einem oder höchstens zwei Kindern ist längst zum Normalfall geworden. Mehr wollen oder können sich die meisten Deutschen auch überhaupt nicht leisten.

Birgit und Peter Kremer aus Wesseling bei Köln haben drei Töchter, und sie hätten auch noch gern einen Sohn. Doch schon



WORLD WIDE PHOTOS

US-Immigrant Einstein (1940)
Zustrom der Talentierten



K. HUMMEL

Familie Kremer (Einkommen: 4000 Mark): „Wir nagen nicht am Hungertuch, aber es ist verdammt knapp“

der jüngste Spross ist für die Familienfinanzen eigentlich zu viel.

Peter Kremer, 36, verdient 3200 Mark netto, mit Kindergeld kommt er auf 4000 monatlich. Seiner Frau Birgit, 34, bleiben 1200 Mark für den Haushalt. „Ende des Monats ist der Kühlschrank leer, und wir Erwachsenen stecken zurück. Hauptsache, die Kinder werden satt“, sagt sie. „Wir nagen nicht am Hungertuch“, erzählt ihr Mann, „aber es ist verdammt knapp.“

Ohne die Hilfe der Großeltern ginge es den Kremers noch mieser. Und „ohne Kinder ginge es uns besser“, meint Kremer lapidar, auch wenn er auf seine Sprösslinge nie verzichten wollte. „Wir hätten einen dicken Bausparvertrag oder vielleicht schon was Eigenes.“ Er könnte mit seiner Frau in Urlaub fliegen, statt im Wohnwagen am Liblarer See, 20 Autominuten von ihrer Wohnung entfernt, campieren zu müssen. Sie bräuchten einfach „nicht jede Mark zweimal rumzudrehen“.

„Kinder sind ein Luxus“, sagt Tom Sommerlatte, Vizepräsident der Unternehmensberatung Arthur D. Little. Der elffache Vater kann sich den Kindersegen leisten, und doch kennt er die Kosten genau: „Wenn man sich dafür entschieden hat, stehen andere Dinge nicht mehr zur Wahl“ (siehe Interview Seite 46).

Eltern müssen auf vieles verzichten: auf Reisen und Autos, auf viele Freizeitaktivitäten – und möglicherweise sogar auf den Job.

Die Sekretärin Christina, 35, wurde beim Bewerbungsgespräch allen Ernstes gefragt, ob sie sterilisiert sei. „Frau mit Kind hat kaum noch Chancen auf gute Jobs“, sagt sie. Außerdem will sie mit ihrem Mann Christian, 30, ein Haus bauen. „Für den Kredit brauchen wir zwei volle Gehälter. Auch deshalb ist ein Kind nicht drin.“

So denken viele, und solche Einstellungen ändern sich nicht von heute auf morgen. Ohne Zuwanderung aus dem Ausland wird die deutsche Bevölkerung deshalb von jetzt gut 82 Millionen schon in 30 Jahren auf 65 Millionen abnehmen. Am Ende des nächsten Jahrhunderts würden gerade mal noch 22 Millionen Einwohner die Bundesrepublik bevölkern.

Selbst wenn wieder mehr Kinder geboren werden und im Schnitt pro Jahr 225 000 Menschen zuwandern, sinkt die Bevölkerung deutlich, in den nächsten 50 Jahren um immerhin zehn Millionen.

„Auf Jahrzehnte hinaus ist die Bevölkerungsschrumpfung nicht mehr zu stoppen, geschweige denn umzukehren“, sagt Bevölkerungsforscher Birg. Die Deutschen, so Birg, hätten nur die Wahl zwischen „dramatischer Bevölkerungsschrumpfung“ und „dramatisch zunehmender Einwanderung“. Das eine ist ökonomisch, das andere politisch schwer zu verkraften.

Bislang stolpern die Deutschen völlig unvorbereitet in ihr demografisches Desaster – für Birg „ein Politikversagen mit unabsehbaren Folgen“. Doch die Entscheidungsträger sind ratloser als je zuvor – nicht nur, was eine gezielte Immigrationspolitik angeht.

Das war nicht immer so: Könige, Kaiser und Landesfürsten, Demokratien, Diktaturen wie Monarchien haben seit der Völkerwanderung Menschen eingeladen oder angeworben, wenn es ihnen nützlich erschien. Die Einwanderer sollten die Wirtschaft stärken, wüstes Land besiedeln oder als Soldaten kämpfen (siehe Grafik Seite 44).

Auch das Deutschland des nächsten Jahrtausends wird auf Zuwanderung angewiesen sein – um das stetige Schrumpfen seiner Bevölkerung abzubremsen und wenigstens ein abgespecktes Rentensystem finanzieren zu können.

Doch Masse allein genügt nicht: Wenn die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen will, braucht sie hochqualifizierten Nachwuchs. Aber noch immer ist es politisch verpönt, über die Auswahl von Zuzüglern nach ökonomischen Kriterien nachzudenken.

„Die Parole, kein Einwanderungsland zu sein, verstellte lange Zeit den Blick darauf, dass Einwanderung trotzdem stattfand“, sagt Rainer Münz, Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität. Mal kamen die Fremden als geladene Arbeiter, mal wurden sie nur geduldet oder waren gar unerwünscht.

Die Zuzügler mehrten den Wohlstand der Deutschen. Von einem „erheblichen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft“ spricht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Nicht nur die



S. BASAK / GAMMA / STUDIO X

Hindus am Ganges: *Nur global betrachtet wächst die Bevölkerung dramatisch an*

Ökonomie profitiere seit Jahrzehnten ganz offenkundig von den Neubürgern, sondern auch soziale Netze wie Arbeitslosen- und Rentenversicherung, die ohne die Hilfe fremder Arbeitskräfte längst gerissen wären.

Schon der Wiederaufbau nach 1945 wäre nicht denkbar gewesen ohne die rund zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, vor allem aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland. Später kamen weitere drei Millionen aus der damaligen DDR in den Westen. Dennoch hungerte die Industrie bald nach mehr Arbeitskräften. „Gastarbeiter“ wurden ins Land gelockt.

Anfang der siebziger Jahre kippte die Stimmung. Die Arbeitslosigkeit wuchs, Bonn erließ einen Anwerbestopp. Doch die einst gewonnenen Helfer blieben. Nun wächst in Deutschland die dritte Generation der ehemaligen „Gastarbeiter“ heran.

Vielen erscheinen diese „Ausländer“ längst „deutscher“ als jene Menschen aus Russland, Kasachstan oder der Ukraine, die qua Herkunft ihrer Eltern und Großeltern Anrecht auf einen deutschen Pass haben. Seit 1989 zog die Bundesrepublik über zwei Millionen Aussiedler an, schon bald schlug ihnen Neid und Missgunst wegen angeblicher Bevorzugung entgegen.

Eine dramatisch ansteigende Zahl von Asylbewerbern verschärfte die Situation. 1992 stellten 440 000 Bewerber einen Antrag auf Asyl. Die Gemeinden waren dem Ansturm kaum noch gewachsen, vielerorts entlud sich gewalttätiger Hass.

Heute leben 7,4 Millionen Ausländer und rund 4 Millionen Aussiedler in Deutschland. „Die Grenze der Belastbarkeit“, sagt Bundesinnenminister Otto Schily, „ist überschritten.“ Der SPD-Mann will kein Einwanderungsgesetz mit klaren Quoten: „Die Quote müsste dann nämlich auf null gesetzt werden.“

Schily möchte jedoch über eine bessere „Steuerung“ reden. Nur, wer soll künftig die Willkommenen und Unwillkommenen sortieren, wie das die USA ebenso systematisch wie erfolgreich tun (siehe Seite 38)? Auch Länder wie Kanada und Australien locken Immigranten an, die ihrer Wirtschaft nützen. Zieht Deutschland nach?

„Wir werden nicht darum herumkommen, uns der doppelten Herausforderung zu stellen, dem Zuwanderungsdruck auf der einen und dem Zuwanderungsbedarf auf der anderen Seite“, sagt die frühere Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP).

Sicher ist: Schon heute ist Deutschland eine multi-kulturelle Gesellschaft. Es ist abzusehen, wann in den Ballungszentren Ausländer die Mehrheit haben.

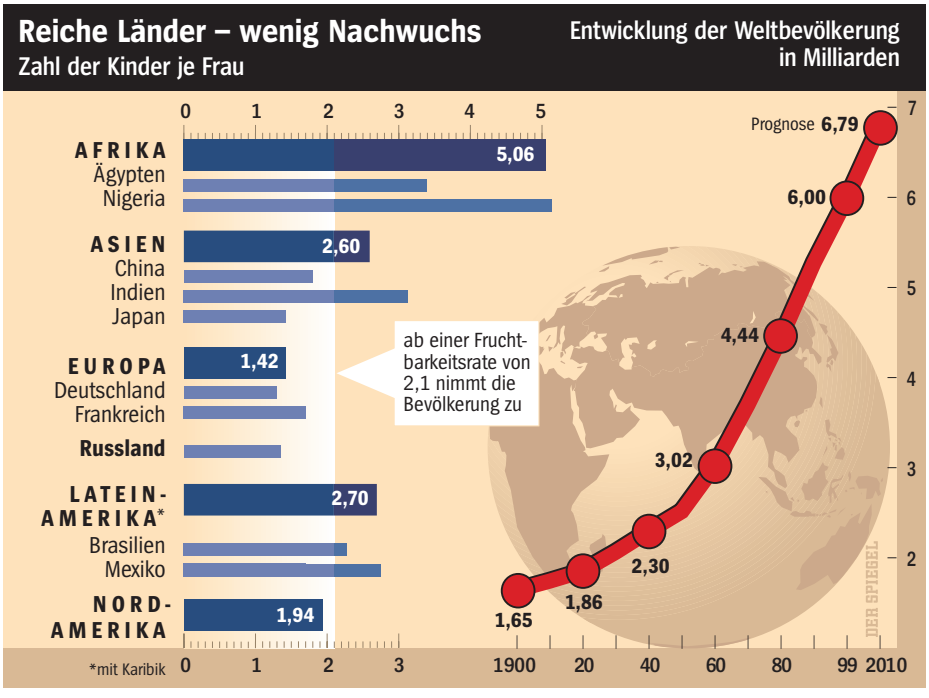
Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes von Nordrhein-Westfalen wird sich ihre Zahl in der Altersgruppe zwischen 20 und 40 in den Großstädten in nur zehn Jahren auf bis zu 50 Prozent erhöhen, in Duisburg zum Beispiel von jetzt rund 18 auf 46 Prozent im Jahre 2010, in Köln von 20 auf 43 Prozent. Die Deutschen im Sinne der alten Definition der Staatsangehörigkeit verlieren, so der Wissenschaftler Birg, ihre Bevölkerungsmehrheit im nächsten Jahrhundert an die Zugewanderten und deren Nachkommen.

Den Nachteil ungelenkter Einwanderungspolitik meinen die Bevölkerungsexperten mit dem hohen Stand der derzeitigen Arbeitslosigkeit belegen zu können. Von 1988 bis 1996 erhöhten Zugewanderte die Zahl der Job-Suchenden um 2,8 Millionen. Sie verdrängten vornehmlich Un- und Angelernte in die Arbeitslosigkeit. „Die Zuwanderung ausschließlich unqualifizierter Ausländer kann für Deutschland“, so das Papier aus dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) „eine risikoreiche Strategie darstellen.“

Ohne kräftige Reanimation von außen aber, da sind sich alle einig, geht in Deutschland im kommenden Jahrhundert nicht mehr viel. Doch woher sollen die Menschen kommen, zumal dann, wenn Qualifikation eine Rolle spielen muss?

Ähnlich tabuisiert wie eine gezielte Einwanderung ist eine aktive Bevölkerungspolitik – sie weckt Assoziationen zu Versuchen der Faschisten: 1927 führte Mussolini in Italien eine Steuer für ledige Männer ein und zahlte Prämien für Heiraten und Geburten.

Der Staat, da herrscht heute weitgehend Konsens, hat sich aus dem Schlafzimmer herauszuhalten. Als die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt eine Prämie von 1000 Mark für jedes Neugebo-



rene auslobte, spottete der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff 1994: „Das kommt mir vor wie ein Sprunggeld, so etwas gibt es in der Landwirtschaft."

Die Politik der rot-grünen Bundesregierung setzt, wie ihre konservative Vorgängerin, auf staatliche Hilfen, um die finanziellen Nachteile der Familien abzumildern. Einen durchschlagenden Einfluss auf die Geburtenrate hat das bislang allerdings nicht.

Anfang dieses Jahres erhöhte die Koalition zwar das Kindergeld für den ersten und zweiten Spross um 30 auf 250 Mark. Doch bei dem Verkäufer Volkmar P., der vier Kinder zu versorgen hat, hielt sich die Euphorie in Grenzen. Fast zeitgleich bekam der Familienvater ein Schreiben des Kindergartens in Ludwigshafen-Oggersheim. Die Beiträge müssten leider angehoben werden. Noch ehe das erhöhte Kindergeld zum ersten Mal auf dem Konto auftauchte, war es schon wieder eingezogen. Erst nach Protesten wurde die Erhöhung zurückgenommen. Dafür kosteten die Bücher fürs neue Schuljahr rund 500 Mark.

So geht es dem Angestellten, der mit Hilfe etlicher Überstunden im Monat rund 3300 Mark netto kassiert, nun schon seit Jahren. Insgesamt 1150 Mark Kindergeld überweist ihm der Staat für seine zwölf-, zehn-, sechs- und vierjährigen Kinder. Doch das Geld reicht hinten und vorne nicht.

Jürgen Borchert, Richter am Hessischen Landessozialgericht, fordert mindestens 500 Mark Kindergeld, um die ökonomischen Kosten eines Kindes halbwegs abzudecken. Schließlich müssten den Familien auch die indirekten Steuern, die sie nach seiner Meinung zu viel bezahlen, zurückgegeben werden.



K. HUMMEL

Familie Latsch (Einkommen: 3500 Mark): „Würden wir von der Sozialhilfe leben, ginge es uns kaum schlechter"

Kinderreiche Familien verbrauchen deutlich mehr Strom und profitieren nur unterproportional von den geringeren Sozialabgaben, die die Regierungskoalition mit Hilfe der Ökosteuer gesenkt hat. „Das neue Finanzierungsinstrument der indirekten Steuern", mahnt Borchert, „erhöht den Einkommensabstand zwischen den Kinderlosen und den Familien weiter."

Dass ein weit höheres Kindergeld nicht finanzierbar sei, will Borchert nicht gelten lassen. Schon 1961, als die Republik noch keine Nachwuchssorgen hatte, habe der Staat einen durchschnittlichen Kinderfreibetrag von 14 000 Mark spendiert (so will Borchert auf heutige Werte hochgerechnet haben). Obendrauf gab es ein Kindergeld von umgerechnet 225 Mark ab dem zweiten Kind, von 450 ab dem dritten.

800 000 Mark müssen Eltern nach dem Familienbericht der Bundesregierung aufbringen, um zwei Kinder bis zum 18. Geburtstag großzuziehen. Selbst wenn man die staatlichen Hilfen (Kinder-, Erziehungsgeld und Steuerfreibeträge) von rund 200 000 Mark abzieht, ließe sich dafür ein schönes Einfamilienhaus am Stadtrand bauen – ohne Windelgenerve, Schulärger und Babysitter-Suche.

Kinder seien mittlerweile „das Armutsrisiko Nummer eins", urteilt das Heidelberger Büro für Familienfragen. In Berlin müssen knapp zwölf Prozent aller Familien mit einem Nettoeinkommen von weniger als 1800 Mark überleben, der vom Statistischen Landesamt gezogenen Armutsgrenze.

„Historisch hat sich die Familie von einer Zugewinngemeinschaft zu einem masochistischen Verlustunternehmen gewandelt", urteilt die „Berliner Zeitung". 3,5 Prozent der Bundesbürger lebten Anfang 1998 von Sozialhilfe, ein Drittel davon waren Kinder und Jugendliche.

Wenn der Postbote mal ohne zu klingeln an ihrem Haus in Waldbröl im Bergischen Land vorbeifährt, ist Annegret Latsch immer ein bisschen froh. „Denn der bringt ohnehin nur Rechnungen", sagt die 34-jährige Mutter. Sie und ihre beiden Kinder Julia, 3, und Markus, 18 Monate, müssen mit 2400 Mark im Monat netto auskommen. So viel verdient ihr Mann Martin, 27, als gelernter Bauschlosser in einem Baumarkt.

Dazukommen 500 Mark Kindergeld und 600 Mark Erziehungsgeld. Würde die Familie von der Sozialhilfe leben, ginge es ihr kaum schlechter.

Rund 2370 Mark bekäme das Quartett dann, Beihilfen für Hausrat, Kleidung oder



AKG

Aufnahme der Vertriebenen durch den Großen Kurfürsten

„Hilfreiche und mildreiche Hand"

Einwanderung und Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

Hungersnöte und die Pest rafften noch im 17. Jahrhundert in Deutschland wie im übrigen Europa Millionen dahin. Die Bauern erwirtschafteten kaum genug, um selbst überleben zu können. Gegen Ende des Jahrhunderts lebten auf dem Kontinent, einschließlich Russland, etwa 120 Millionen Menschen.

Eine viertel Million Hugenotten floh aus Frankreich, nachdem dort 1685 die Religionsfreiheit aufgehoben worden war. Berlins Großer Kurfürst Friedrich Wilhelm lud die Flüchtlinge nach Preußen ein, das nach dem Dreißigjährigen Krieg darnieder lag. Brandenburgische Agenten warben die Franzosen in Amsterdam und Köln an, gaben ihnen Geld und Pässe und begleiteten sie auf den Transportschiffen, die sie über die Elbe in die Mark Brandenburg brachten. Holz und Steine bekamen die Neusiedler umsonst, Steuern wurden ihnen zeitweise erlassen.

Der Enkel des Großen Kurfürsten, König Friedrich Wilhelm I., war von der Ansiedlung der Hugenotten derart beeindruckt, dass er seinem Ahnen nacheiferte. Als 1732 die Salzburger Protestanten Österreich verlassen mussten, bot er ihnen seine „hilfreiche und mildreiche Hand" an und bezahlte 20 000 Flüchtlingen auf ihrem langen Marsch nach Preußen täglich Zehrgeld.



Polnischstämmige Kumpel im Revier, 1899



Einwohner Deutschlands bis 1800 geschätzt



DPA

Multi-Kulti-Fest in Berlin: *Die Zuzügler mehren den Wohlstand der Deutschen*

Familienfeste noch nicht eingerechnet. Doch Latsch ist keiner, der auf Kosten anderer leben möchte. Er hofft nach wie vor auf eine besser bezahlte Stelle. Und wenn die Kinder eingeschult werden, will auch seine Frau wieder Geld verdienen.

„Unser Staat geht ungerecht mit Familien um“, sagt sie. „Ich kümmere mich um die Rentenzahler von morgen. Und dafür fällt meine eigene Rente später niedriger aus, weil ich einige Jahre nicht mitarbeiten kann.“ Aus Angst vor einer dritten Schwangerschaft hat sie sich sterilisieren lassen.

In den meisten Familien muss die Frau neben dem Großteil der Kindererziehung noch die ökonomischen Risiken schultern. Zwar werden in der Rentenversicherung pro Kind drei Jahre als Erziehungszeit angerechnet.

Doch die Karrierechancen sind oft dahin, wenn die Rückkehr in den Beruf nach mehreren Jahren Babypause überhaupt gelingt. Die Folge: kümmerliche Renten, die im westdeutschen Schnitt bei 800 Mark liegen.

Je höher die berufliche Qualifikation einer Frau, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sie kinderlos bleibt. 40 Prozent der 35- bis 39-jährigen Akademikerinnen haben keinen Nachwuchs, fast doppelt so viele wie bei den gleichaltrigen Frauen mit Hauptschulabschluss.

Karriere-Männern schadet Familie nicht, im Gegenteil: Sie gelten als sozial gefestigt, verlässlich und verantwortungsbewusst. Führungsfrauen sind zumeist kinderlos, „weil es schlicht nicht anders geht“, sagt Silvia, 39, gut bezahlte Angestellte eines Versicherungskonzerns in Bayern. „Wer als Frau Kinder zu Hause hat, kann einfach nicht richtig konkurrieren mit den Männern.“

Alice Vollmari ist Fachanwältin für Familienrecht und hat es als gleichberechtigte Partnerin in einer renommierten Mainzer Anwaltskanzlei zu etwas gebracht. Dort müsse jeder mit vollem Einsatz kämpfen, „sonst gibt es böses Blut“.

Ein Kind hätte in ihrem Leben „große wirtschaftliche Einschnitte“ bedeutet. „Mit einem Kind würde ich mir die mühsam aufgebaute Existenz teilweise wieder nehmen“, sagt die 42-Jährige. „Erfolg macht süchtig.“

Die Mütter in ihrem Kollegenkreis, so Vollmari, plage ständig ein schlechtes Gewissen: dass die eigene Leistungsfähigkeit zwischen Job und Familie, zwischen großem Deal und kleinem Windelgeschäft eben doch nachlässt; dass sie es rechtzeitig von der Verhandlung zum Kindergarten schaffen, der um zwölf Uhr schließt; dass



BERGBAUMUSEUM BOCHUM

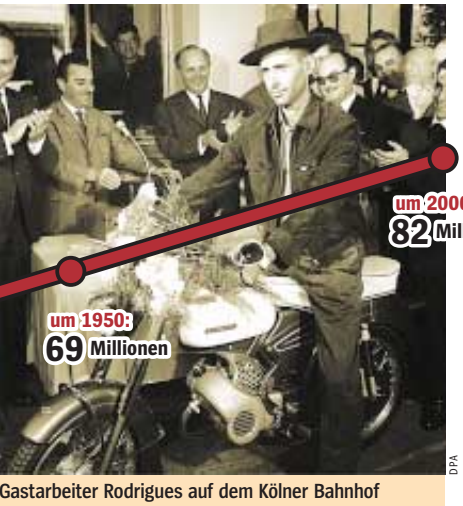
um 1800: 23 Millionen

um 1850: 35 Millionen

um 1900: 56 Millionen

um 1950: 69 Millionen

um 2000: 82 Millionen



DPA

Gastarbeiter Rodrigues auf dem Kölner Bahnhof

Im 19. Jahrhundert mussten sich die Herrscher um den Zuzug nicht mehr bemühen. In nur 100 Jahren hatte sich die Bevölkerung verdoppelt. Die Menschen strömten in Scharen auf die Baustellen der industriellen Revolution. Italiener sprengten Tunnel für die Eisenbahn in die Schweizer Alpen; Polen ließen sich in die Kohlebergwerke des Ruhrgebiets locken. Werbeplakate in Kneipen priesen die „gute Luft, ganz wie in einem masurischen Dorf, wo sich jeder sein Schwein, seine Ziege oder seine Hühner halten kann“.

Der Wiederaufbau der Bundesrepublik nach dem Krieg wäre nicht denkbar gewesen ohne die rund zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten. Später lockte das Wirtschaftswunderland „Gastarbeiter“ an, um den Bedarf der boomenden Industrie zu decken. Im September 1964 wurde der millionste „Gastarbeiter“, Armando Sá Rodrigues aus Portugal, wie ein Staatsgast empfangen und erhielt als Präsent ein Moped.

DER SPIEGEL

„Kinder sind Luxus“

Der Unternehmensberater Tom Sommerlatte über seine Erfahrungen als Vater einer Großfamilie

Sommerlatte, 61, ist Vize-Präsident der Unternehmensberatung Arthur D. Little und Vater von elf Kindern im Alter von 12 bis 29 Jahren.

SPIEGEL: Welchen Stellenwert haben Kinder in unserer Gesellschaft?
Sommerlatte: Sie sind ein Luxus. Wenn man sich dafür entschieden hat, stehen andere Dinge nicht mehr zur Wahl. Eltern müssen sich von dem Lebensstandard, der in unserer Konsumgesellschaft als normal gilt, verabschieden. Bei finanzschwachen Familien drückt sich das natürlich noch viel krasser aus als bei den reichen.
SPIEGEL: Weil die Wohlhabenden Haushälterin und Babysitter bezahlen können?
Sommerlatte: Wir machen das aus pädagogischen Gründen nicht, obwohl wir es uns leisten könnten. In einer großen Familie entsteht ein internes System, in dem alle helfen und mitmachen. Das ist eine Sozialisierung, die auch gesellschaftliche Auswirkungen hat. Viele unserer Kinder waren oder sind Klassen- und Schulsprecher. Die Fähigkeit, Kompromisse einzugehen, mit Menschen unterschiedlichen Charakters umzugehen – das kann sich in einer größeren Familie viel stärker entwickeln. Kinder aus Kleinstfamilien haben dagegen gar nicht die Übung. Heute gibt es bereits eine Menge autistischer Schulklassen, wo jeder für sich allein agiert.
SPIEGEL: Welche Folgen hat das für die Gesellschaft?
Sommerlatte: In Deutschland entsteht eine Streitkultur, die auf Rechthaberei beruht. Wir brauchen aber viel mehr Teamgeist. Und während Deutschland einerseits überaltert, werden andererseits Leute ab 50 aus den Firmen gedrängt. Da entsteht ein enormer Druck.
SPIEGEL: Welche Erfahrungen machen Sie mit Mitarbeitern, die Familie haben?
Sommerlatte: Unsere Berater fangen in der Regel zwischen 25 und 30 an. Bekommen sie Kinder, ändert sich ihr Verhalten. Sie können besser hinhören, sich besser in die Lage anderer versetzen, sind toleranter, und sie organisieren ihre Arbeit genauer, um ihre Freiheit zu schützen.
SPIEGEL: Wie reagieren die Menschen auf Ihre eigene Familie?
Sommerlatte: Wenn wir spazieren gehen, sprechen uns schon mal Leute an und fragen, ob sie uns etwas schenken können. Andere gaben alte Kinderkleidung bei uns ab.
SPIEGEL: Worauf mussten Sie als Chef einer Großfamilie verzichten?
Sommerlatte: Wir leben nicht in dem Bewusstsein zu verzichten. Unsere Kinder beobachten bei ihren Klassenkameraden allerdings relativ hohen Luxus: Spielsachen, die denen aus den Ohren rauskommen, immer die neueste Mode – eben eine Überfütterung mit vielen Sachen. Bei uns wird weit mehr geteilt.

INTERVIEW: FRANK HORNIG



O. RÜTHER

Familie Sommerlatte: *„Wir brauchen mehr Teamgeist“*

sie dann doch wieder zu wenig Zeit für den Nachwuchs haben, weil schon der nächste Termin wartet.

Wie viele Frauen schloss Vollmari Kinder für sich selbst nie ganz aus. Und als sie von der Tochter einer guten Freundin gefragt wurde: „Alice, warum hast du keine Kinder und arbeitest so viel?“, ging sie mit sich selbst ins Gericht.

„Mein Mann eignet sich nicht zum Hausmann, und ich will keine Kinder, die nur von Tagesmüttern und Au-pair-Mädchen aufgezogen werden. Beruflich kürzer treten kann ich auch nicht. Kurz: Es wäre eine Qual für mich und das Kind.“

„In Deutschland muss man sich entscheiden: Beruf oder Kinder“, glaubt die Stuttgarter Bauingenieurin Silvia Weber, 38. „Und ich bin nicht bereit, den Beruf aufzugeben.“

Kinder als Last, die das Vorankommen erschwert, oder als Luxus, den man sich nicht leisten kann oder will, Kinder als Kostenfaktor: Es klingt paradox – obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, werden für die Baby-Lücke vornehmlich wirtschaftliche Gründe genannt.

Und doch folgt die Entwicklung, die in allen Industriestaaten identisch verläuft, einer ökonomischen Logik: Mit wachsendem Wohlstand sind auch die Kosten, die für das Aufziehen von Kindern entstehen, gestiegen – und desto größer ist der Verzicht, den Kinder erzwingen. Gleichzeitig verlor der Nachwuchs seinen wirtschaftlichen Nutzen, den er in der Agrargesellschaft – als billige Arbeitskraft und als Altersvorsorge – hatte.

Nun ist der Wohlstand gefährdet – gerade weil ihn so viele für sich – durch den Verzicht auf Kinder – sichern wollen: Wenn die Bevölkerung schrumpft, sinken auch die Bedürfnisse und damit die Investitionen. Einkommen und Beschäftigung nehmen ab oder wachsen langsamer. Das wiederum lässt die Investitionen weiter sinken – eine Spirale nach unten kommt in Gang.

Ein wahres Schreckensszenario kann die Folge sein. Immer weniger Erwerbstätige müssten immer mehr Rentner und Kranke unterhalten. Viele flöhen in die Schattenwirtschaft. Das soziale Netz würde endgültig zerreißen.

So schlimm muss es nicht kommen, zumindest Teile der demografischen Schrumpfung könnten durch eine höhere Produktivität ausgeglichen werden. Allerdings, so Bernd Hof vom Institut der Deutschen Wirtschaft: „Schrumpfender Arbeitskräftenachwuchs und alternde Belegschaften können die Geschwindigkeit innovativer Prozesse beeinträchtigen und somit den notwendigen Produktivitätsschub gefährden.“

Könnte zum Beispiel die derzeitige Umstellung der Wirtschaft auf die so genannte E-conomy, die Internet-Ökonomie, gelingen, wenn es an jungen Arbeitskräften



AFP / DPA

Computer-Kurs in Peking: *Muss eine Volkswirtschaft, die über weniger Nachwuchskräfte verfügt, nicht zurückfallen?*

mangelte? Und müsste nicht eine Volkswirtschaft, die über weit weniger Nachwuchskräfte verfügt als etwa ihre Konkurrenten in den aufstrebenden – und weiterhin kinderreichen – Ländern Asiens, zwangsläufig zurückfallen?

Eine völlig neue Herausforderung kommt auch auf die Personalabteilungen der Unternehmen zu. Kurz nach der Jahrtausendwende erreichen die geburtenstarken Jahrgänge ein gesetztes Alter, die über 50-Jährigen stellen dann mehr Belegschaftsmitglieder als der zur Zeit favorisierte Arbeitskräftenachwuchs um die 30.

Schon in wenigen Jahren zwingt Arbeitskräftemangel zur Remobilisierung der über 50-Jährigen – mit umwälzenden Konsequenzen für das gesamte Bildungs- und Weiterbildungssystem der Republik.

Wenn die Belegschaften älter werden, nimmt die Zahl der jungen Neuzugänge kontinuierlich ab. Dann würde „neues Wissen in Zukunft seltener von unten über neu Ausgebildete in das Beschäftigungssystem gelangen“, so die Enquete-Kommission der Bundesregierung in ihrem Bericht zum „Demografischen Wandel“.

Die alternden Arbeitnehmer müssten dann während ihres gesamten Berufslebens weitergebildet werden, die Ausbildung müsste sich aus den Berufsschulen in die Wirtschaft, in die Unternehmen verlagern.

Das Gegenteil ist bisher der Fall: Aus- und Weiterbildung bleibe in den meisten Unternehmen weiterhin „jugendzentriert“, so die Enquete-Experten. Für die Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung gelte das 45. Lebensjahr immer noch als „Schallmauer“. Eine Umfrage bei Produktions- und Personalleitern ergab: Die meisten hielten es für unrealistisch, „dass ihre Mitarbeiter in arbeitsteiligen Produktionssystemen bis zum gesetzlichen Rentenalter tätig sind“ (Enquete-Bericht).

Die Experten empfehlen ein System, in dem älter werdende Arbeitnehmer automatisch in Qualifizierungsprogramme eingebunden werden – während ihres gesamten Erwerbslebens. Tatsächlich könne nur so die Lücke zwischen dem zwangsläufig steigenden Rentenalter und der sinnvollen und produktiven Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in den Betrieben verkleinert werden. Die Aussichten auf so viel Einsicht sind in Deutschlands Wirtschaft düster.

Weniger Arbeitskräfte und die auch noch deutlich älter – die Ökonomen sehen kaum Möglichkeiten, damit das bisherige Wachstum und die Zunahme des Wohlstands durchzuhalten. Selbst wenn pro Jahr 200 000 Arbeitskräfte nach Deutschland einwandern, bricht, so eine IW-Analyse, der derzeitige Wachstumstrend von zwei Prozent des Bruttosozialprodukts in spätestens 20 Jahren ab.



T. WEGNER / LAIF

Anwältin Vollmari, 42: „Ein Kind hätte große wirtschaftliche Einschnitte bedeutet“

IW-Mann Bernd Hof kommt zu dem Schluss, „dass die Produktionsbedingungen am Standort Deutschland künftig weniger durch einen Sachkapital-, sondern eher durch einen Humankapitalmangel gefährdet sind“.

Hof deutlicher: „Wenn wir so weitermachen wie bisher, landen wir in einer Abwärtsspirale, und Deutschland zählt anschließend in Europa zu den verlassenen Regionen.“

Die Warnungen der Köpfezähler in den Universitäten und Instituten – noch werden sie souverän ignoriert. Die Politiker denken in Vier-Jahres-Etappen. In den Personalabteilungen der Unternehmen werden unverdrossen immer neue Modelle erdacht, wie die Belegschaften weiter verjüngt werden könnten. In den Amtsstuben rechnen sich die 40-Jährigen aus, wann sie vorzeitig in Pension gehen können. Und was kümmert einen 30-Jährigen, was in zwei Jahrzehnten geschehen wird?

Schon fordern seriöse Forscher wie Bradley Belt vom „Center for Strategic and International Studies“ in Washington eine Serie von Gipfeltreffen, auf der sich die Regierungschefs der führenden Industriestaaten mit der globalen Bedrohung durch die Vergreisung ihrer Länder auseinander setzen sollten. In Europa ticke eine „Pensions-Zeitbombe“, so die Londoner „Times“, nachdem sie die Alterssicherungssysteme der EU-Partner durchleuchtet hatte.

Die Schlussfolgerung der Briten: „Seit der Industriellen Revolution waren Europas Aussichten auf Wachstum und Wohlstand nicht mehr so schlecht wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.“

Heiko Martens, Christoph Pauly, Barbara Schmid, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe